

Infodienst für das Management in der Sozialwirtschaft

MEINUNG

Modelle und Projekte

Das Instrument der »Modellprojekte« hat einen ambivalenten Ruf: Einerseits kann damit Neues ausprobiert werden, ohne gleich das Bisherige infrage zu stellen; andererseits können solche Vorhaben dazu dienen, notwendigen Wandel auf die lange Bank zu schieben und die Finanzierung offen zu halten. Das noch bis Jahresende laufende Programm »rückenwind« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat unter Beweis gestellt, dass ein kluges Konzept segensreiche Wirkungen entfalten kann. Ähnlich vielfältige Effekte erreicht die auf Dauer angelegte Initiative »Neue Qualität der Arbeit«, die in dieser Ausgabe vorgestellt wird. Sie sieht in mehr Arbeitsqualität in Organisationen und Unternehmen den Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Dazu bietet die Initiative Beispiele aus der betrieblichen Praxis, Austauschmöglichkeiten, Beratungs- und Informationsangebote sowie Förderprogramme. Seit ihrer Gründung im Jahr 2002 hat die Aktion rund 3.000 Unternehmen mit mehr als drei Millionen Beschäftigten erreicht.

Gerhard Pfannendörfer
pfannendoerfer@nomos.de

In dieser Ausgabe

- Nachrichten & Notizen
- Personalien
- Tipps & Termine

ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Zukunft sichern, Arbeit gestalten

■ Sigrun Mantei und Peer-Oliver Villwock

Die »Initiative Neue Qualität der Arbeit« kümmert sich seit über zehn Jahren um mehr Arbeitsqualität in Betrieben und Organisationen. Angesprochen sind damit auch Sozialunternehmen, beispielsweise mit dem Projekt »Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt«.

Der Wandel der Arbeitswelt fordert Unternehmen, Organisationen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter heraus: Längere und flexiblere Arbeitszeiten, technischer Fortschritt und eine alternde Bevölkerung verändern unseren Arbeitsalltag.

Wie Unternehmen auf diese Veränderungen reagieren können, analysieren

industrieller Wirtschaftssysteme wird? Was passiert mit dem Menschen, wenn er selbst zum wichtigsten Produktionsfaktor wird? Wie können Herausforderungen, die auf eine Gesellschaft zu kommen, von ihr und ihren Mitgliedern bewältigt werden?

Eine Antwort darauf lautet, dass sich Arbeitsprozesse in Zukunft stärker an den

»Die Probleme sind vielfach erkannt, angesichts begrenzter Ressourcen fehlen jedoch oft unternehmensspezifische Lösungen«

Akteure im Netzwerk der »Initiative Neue Qualität der Arbeit«. Gemeinsam entwickeln sie konkrete und praxisnahe Lösungen, die Unternehmen helfen, ihre Arbeitsbedingungen zukunftsfähig zu gestalten. Um innovative Modellprojekte in diesem Bereich zu unterstützen, bietet die Initiative das Förderprogramm »Unternehmen der Zukunft« an.

Was bedeutet Arbeit in einem Zeitalter, in dem die Wissensgesellschaft dominiert? Wie gestaltet sich Arbeit, wenn Wissen zur wichtigsten Ressource post-

Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren müssen. Ein öffentliches Bewusstsein für diesen Wandel der Arbeitswelt zu schaffen, ist Anliegen der »Initiative Neue Qualität der Arbeit«, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wird. Das Netzwerk regt öffentliche Diskussionen an, fördert den Austausch von Unternehmen und anderen gesellschaftlichen Akteuren wie Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, publiziert Informationen zum Thema »Zukunft der Arbeit« und schafft Fördermöglich-

keiten für innovative Modellprojekte im Beschäftigungsbereich.

Die Stellschrauben, an denen Unternehmen die Zukunft der Arbeit gestalten können, sind vielfältig. Vier zentrale Handlungsfelder bilden deshalb den Rahmen der Initiativenarbeit: Personalführung, Chancengleichheit & Diversity, Gesundheit sowie Wissen & Kompetenz. Diese vier Themenkomplexe sind auch die Förderschwerpunkte der Initiative für Modellprojekte.

Handlungsfeld Personalführung

Im Rahmen des Handlungsfelds »Personalführung« widmet sich die Initiative den veränderten Anforderungen an Führung. Umfeld, Arbeitsmarkt, Mitarbeiterverantwortung und Aufgaben werden immer komplexer, aber auch die Mitarbeitererwartungen steigen. Beschäftigte suchen zunehmend sinnstiftende Aufgaben, sie wollen mitgestalten und individuell entwickelt und gefördert werden. Ziel von zukunftsorientierten

Unternehmen ist deshalb eine lebensphasenorientierte, altersgerechte Gestaltung von Arbeit mit flexiblen Personal- und Arbeitsstrukturen, die u. a. verschiedene Laufbahn-, Karriere- und Auszeitmodelle ermöglichen. Dabei gilt es, die individuellen Bedürfnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu berücksichtigen.

Handlungsfeld Chancengleichheit & Diversity

Diese Bedürfnisse werden vielschichtiger, weil die Gesellschaft vielfältiger wird: Die Förderung von Vielfalt im Unternehmen steht deshalb im Mittelpunkt des Themenschwerpunkts »Chancengleichheit & Diversity«. Das Unternehmen der Zukunft schätzt die Kompetenzen und Hintergründe seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialem und kulturellem Hintergrund. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Mischung unterschiedlicher Fähigkeiten und Erfahrungen nicht



Dr. Sigrun Mantei ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und leitet seit 2005 die Geschäftsstelle der Initiative Neue Qualität der Arbeit.

nur entscheidend zum Unternehmenserfolg beiträgt, sondern künftig Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen sein wird. Um eine größere Vielfalt zu erreichen, müssen Unternehmen umdenken. Neue Wege der Suche nach Talenten, sprich Rekrutierung,

»Wir haben beobachtet, dass das Wissen über psychische Gesundheit da ist — es wird aber nicht angewendet«



Das Projekt »Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt« ist eines der von der Initiative Neue Qualität der Arbeit geförderten Projekte. Es bietet Unternehmen

praxisnahe Hilfestellung in einem hochaktuellen Thema: Dem Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Dr. Reinhold Sochert (Foto) vom BKK Bundesverband koordiniert das Projekt seit 2011. Im Interview erklärt er, wie das Projekt entstanden ist, und gibt konkrete Empfehlungen an Organisationen, die eine Projektidee beim Förderprogramm »Unternehmen der Zukunft« der Initiative Neue Qualität der Arbeit einreichen möchten.

Frage: Sie sind Koordinator beim BKK Bundesverband für das Projekt »Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt«. Was genau bedeutet das?

Reinhold Sochert: Am Projekt beteiligen sich 18 unterschiedliche Partner, die koordiniert werden müssen. Das beginnt bei der Antragsstellung, geht über die eigentliche Projektphase und endet bei der Nachbereitung. Ich bin ihr Ansprechpartner und halte die Fäden zusammen.

Frage: Wer nimmt an dem Projekt teil?

Reinhold Sochert: Zu unseren Partnern gehören unter anderem das Institut für Be-

triebliche Gesundheitsförderung, die Bundesagentur für Arbeit, das Landesinstitut für Arbeitsgestaltung, das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Landeshauptstadt München und viele mehr.

Frage: Wie sind Sie auf die Idee gekommen, das Projekt ins Leben zu rufen?

Reinhold Sochert: Wir haben beobachtet, dass das Wissen über psychische Gesundheit in ganz Europa da ist – es wird aber nicht angewendet. Unsere Aufgabe war es, dieses Wissen zusammenzuführen und Betrieben und Beschäftigten zur Verfügung zu stellen.

Frage: Wie arbeitet das Projekt?

Reinhold Sochert: Wir organisieren Veranstaltungen, um das Thema psychische Gesundheit bekannter zu machen. Dabei nutzen wir die Strukturen bestehender Netzwerke, insbesondere das Deutsche Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung. Gemeinsam diskutieren wir die Weiterentwicklung des Projekts, um das Thema der psychischen Gesundheit weiter in die Unternehmen zu tragen. Unsere Hauptaufgabe ist es, das Thema sichtbar zu machen. Wir wollen das Management, die Beschäftigten und die Beschäftigtenvertretungen der Unternehmen sensibilisieren.

Frage: Inwiefern ist das Projekt für große Organisationen interessant, beispielsweise für Wohlfahrtsverbände?

Reinhold Sochert: Wir haben Hilfestellungen zum Thema psychische Gesundheit für Beschäftigte, Führungskräfte und Unternehmen entwickelt. Das Besondere an unseren Produkten ist, dass jede Organisation diese mit ihrer eigenen Corporate Identity nutzen und seinen eigenen Führungskräften und Beschäftigten – auch im Intranet – zugänglich machen kann. Dies ist für größere Organisationen und Unternehmen wie Wohlfahrtsverbände oder größere Stadtverwaltungen interessant. Auf diese Weise haben wir unsere Produkte in unterschiedlichen Designs etwa 260.000 Mal vervielfältigt.

Frage: Wenn Sie in die Zukunft blicken: Wie geht es weiter mit dem Projekt?

Reinhold Sochert: Wir sind gerade dabei, uns auf einen Folgeantrag für das Projekt vorzubereiten. Eine Kernaktivität wird sein, uns noch stärker als bisher auf die kleinen und mittleren Unternehmen zu konzentrieren. Hier sehen wir noch viel Potenzial. Im nächsten Schritt gilt es, weitere Kooperationspartner zu gewinnen. Das sind zum Beispiel die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und Handwerksverbände sowie weitere Krankenkassen. Dadurch verbessern und ebnen wir den Zugang zu kleinen und mittleren Unternehmen.

sind ebenso erforderlich wie eine Öffnung der Unternehmenskultur sowie der Aufbau neuer Karrierewege, etwa durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Lebenssituation.

Handlungsfeld Gesundheit

Wesentliche Grundlage für die Zufriedenheit, Motivation und Leistungsbereitschaft von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist nicht zuletzt ihre Gesundheit. Während Gesundheit in der Arbeitswelt früher vor allem ein Thema in körperlich fordernden Berufsfeldern war, etwa der Produktion, ist sie heute kritische Ressource für Wissensarbeiter. Denn die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen sind durch die globalisierte, hoch technisierte Arbeitswelt gestiegen. Der Erhalt der physischen und psychischen Gesundheit der Beschäftigten hat in der Arbeitswelt deshalb enorm an Bedeutung gewonnen. Ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement schließt so-

wohl organisationale Maßnahmen ein, die ein gesundes Arbeiten ermöglichen, als auch die Mitverantwortung des Einzelnen für die eigene Gesundheit.

Handlungsfeld Wissen & Kompetenz

Eine weitere Konsequenz der globalisierten und hoch technisierten Arbeitswelt sind immer schnellere Wissenssprünge. Schätzungen zufolge verdoppelt sich das Wissen heute alle fünf Jahre. Die wenigsten Unternehmen sind darauf vorbereitet. Im Handlungsfeld »Wissen & Kompetenz« entwickelt die Initiative deshalb Ansätze, die den systematischen Wissensaufbau und Wissenstransfer in Betriebe unterstützen. Dazu zählen Modelle, die die Zusammenarbeit der Generationen fördern und sicherstellen, dass wertvolles Erfahrungswissen nicht verloren geht. Ebenso wichtig sind Ansätze, welche die Bedeutung von lebenslangem Lernen und systematischer Weiterbildung als Handlungsfeld der Personalpolitik unterstreichen.



Peer-Oliver Villwock leitet das Referat »Zukunftsgerechte Gestaltung der Arbeitswelt« im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und betreut in diesem Rahmen die Initiative Neue Qualität der Arbeit.

Modelle konkreten Handelns

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen stellt diese Vielzahl an Veränderungen in der Arbeitswelt eine große Herausforderung dar. Die Probleme sind erkannt, aber viele wissen nicht, wie sie

Die Initiative ist in vier Handlungsfeldern aktiv, die für ein Unternehmen der Zukunft zentral sind



diesen angesichts begrenzter Ressourcen konkret im eigenen Unternehmen begreifen sollen.

Mit dem Förderprogramm »Unternehmen der Zukunft« möchte die »Initiative Neue Qualität der Arbeit«, innovative Ideen und Lösungsansätze in den vier beschriebenen Handlungsfeldern auf den Weg bringen und als Wissen in die Betriebe transferieren. Um eine Förderung bewerben können sich Unternehmen ebenso wie Verbände und sonstige Organisationen. Projektskizzen können auch von mehreren Partnern gemeinsam eingereicht werden. Gesucht werden Projekte, die dem Wandel der Arbeitswelt kreativ begegnen und Unternehmen bei der Lösung der Herausforderungen ganz konkret unter die Arme greifen.

Die Initiative Neue Qualität der Arbeit

ist im Jahr 2002 als gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Sozialversicherungsträgern, Gewerkschaften, Stiftungen und Arbeitgebern gestartet und wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert. Ihr Ziel: mehr Arbeitsqualität als Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft am Standort Deutschland. Dazu bietet die Initiative Beispiele aus der betrieblichen Praxis, Austauschmöglichkeiten, Beratungs- und Informationsangebote sowie Förderprogramme. Die Initiative will eine gesellschaftliche Debatte anregen, Wissenstransfer zu relevanten Themen organisieren, innovative Projekte unterstützen und Beispiele für gute praktische Lösungen verbreiten. Die vier personalpolitischen Handlungsfelder sind Personalführung, Chancengleichheit und Diversity, Gesundheit sowie Wissen und Kompetenz. Seit ihrer Gründung hat die Initiative Neue Qualität der Arbeit rund 3.000 Unternehmen mit mehr als drei Millionen Beschäftigten erreicht.

Quelle: wikipedia.org

Was die Projekte erreichen, welche Themen sie vorantreiben und wie die Zusammenarbeit mit der Initiative funktioniert, verdeutlicht das Projekt »Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt«, kurz: psyGA. Steigenden psychischen Belastungen begegnet das Projekt mit einer klaren Idee: Eine unterstützende

Unternehmenskultur wirkt sich positiv auf die mentale Gesundheit jedes einzelnen Beschäftigten aus. Wer die Arbeit der anderen wertschätzt und als Führungskraft transparent kommuniziert, trägt zur Gesundheit des Unternehmens bei. Das Projekt hat konkrete Angebote entwickelt, die Unternehmen, Führungskräfte und Beschäftigte für das Thema psychische Gesundheit sensibilisieren und letztlich dazu beitragen können, Arbeitsausfälle durch psychisch bedingte Erkrankungen zu reduzieren.

Das Projekt »Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt« hat vorhandenes Wissen für die Praxis aufbereitet und für Unternehmen zugänglich gemacht, zum Beispiel in Leitfäden für Führungskräfte und Mitarbeiter oder durch ein frei verfügbares E-Learning-Tool zum Thema. Informationen und die im Projekt entwickelten Angebote wurden auf einem übersichtlichen Internet-Portal gebündelt (www.psyga.info). Die Materialien des Projekts sind bereits in zahlreichen Betrieben zum Einsatz gekommen. ■

The screenshot shows the website interface for the 'Initiative Neue Qualität der Arbeit'. At the top, there is a navigation bar with links for 'Inhalt', 'Presse', 'Kontakt', and 'Service', along with a search bar and a 'Kontrastansicht' button. Below the navigation, there are four main menu items: 'STARTSEITE', 'INFORMIEREN: THEMEN', 'LERNEN: GUTE PRAXIS', and 'MITMACHEN: DIE INITIATIVE'. The main content area is titled 'Top 100 - Gute Unternehmenspraxis' and includes a brief description of the initiative's goals and a link to view the full list of 100 entries. A map of Germany is displayed, showing the locations of the 100 successful business practices. The map is titled 'Top 100 - Gute Unternehmenspraxis' and includes a search filter on the right side. The search filter allows users to filter results by 'Bundesland', 'Branche', 'Mitarbeiter', and 'Schlagwortkatalog'. The map shows a high density of pins across Germany, with a concentration in the southern and central regions.

Die Eingliederungshilfe jetzt aus der Sozialhilfe lösen

Der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger und Vertreter von Fachverbände für Menschen mit Behinderung sind sich darin einig, dass ein Bundesleistungsgesetz sowohl zu einem Zuwachs an Teilhabe und Entscheidungsmöglichkeiten für das Leben von Menschen mit Behinderungen als auch zu einer deutlichen und unmittelbar wirkenden Entlastung der Haushalte der zuständigen Leistungsträger führen muss. Bei einem Gedankenaustausch über die künftige Gestaltung der Leistungen für Menschen mit Behinderung in Düsseldorf stand im Mittelpunkt das in der Bund-Länder-Vereinbarung zum Fiskalpakt für die nächste Legislaturperiode angekündigte Bundesleistungsgesetz, das die rechtlichen Vorschriften der Eingliederungshilfe in der bisherigen Form ablösen soll und wesentlichen Einfluss auf die von den Verbänden geforderte und den Bundesländern geplante Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe haben wird. Ein Bundesleistungsgesetz müsse einen wesentlichen Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft leisten. Die UN-Behindertenrechtskonvention liefere dazu den Maßstab. Der von den Ländern verfolgte Ansatz der Personenzentrierung nach Maßgabe der individuellen Bedarfsdeckung in einem offenen Katalog von Eingliederungs- und Teilhabeleistungen wurde von den Gesprächspartnern als richtungswisend angesehen. Maßstäbe und Grundsätze von Bedarfsfeststellungsverfahren, die Abgrenzung von Fachleistungen und Leistungen zum Lebensunterhalt, die Möglichkeiten eines Bundesteilhabegeldes und die Schnittstelle zu den Leistungen der sozialen Pflegeversicherung wurden erörtert. Beide Seiten waren übereinstimmend der Auffassung,

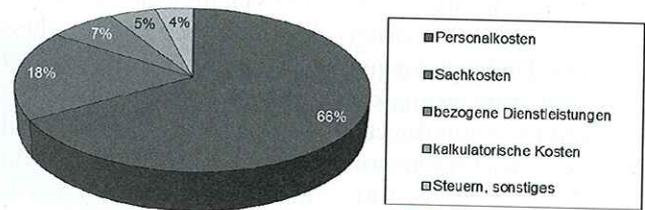
dass die aktuelle politische Situation eine einmalige Chance für behinderte Menschen und für die Gesellschaft darstellt, die nicht ungenutzt bleiben darf. Die Gespräche sollen noch vor der Bundestagswahl im September fortgesetzt werden. Zu den Fachverbänden für Menschen mit Behinderung haben sich der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe, die Bundesvereinigung Lebenshilfe, die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie, der Verband für anthroposophische Heilpädagogik, Sozialtherapie und soziale Arbeit und der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen zusammengeslossen.

www.beb-ev.de/inhalt/die-ingliederungshilfe-jetzt-aus-der-sozialhilfe-loesen

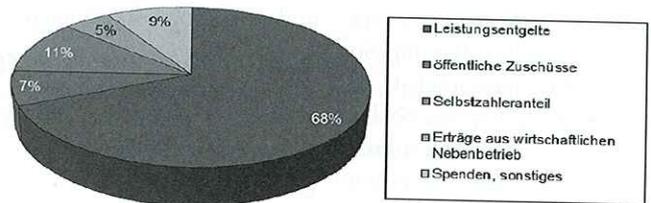
Großbritannien führt »Universal Credit« ein

Das britische Sozialsystem wird grundlegend umgestaltet. Wichtigste Änderung: Die sechs bestehenden Sozialhilfeleistungen werden ersetzt durch eine einzige Zahlung, den »Universal Credit«. Nach Schätzungen der Regierung werden dadurch 3,1 Millionen Haushalte bessergestellt; 2,8 Millionen Haushalte werden weniger Unterstützung erhalten. Die größten finanziellen Kürzungen zeigen sich bei Familien mit Kindern unter fünf Jahren, bei Familien mit mehr als zwei Kindern sowie arbeitslosen Alleinerziehenden. So verlieren nichterwerbstätige Alleinerziehende nach einer Studie des Londoner Forschungsinstituts Institute for Fiscal Studies im Durchschnitt mehr als zwölf Prozent ihres Einkommens. Zudem prognostiziert die Untersuchung, dass infolge der Reformen im Zeitraum zwischen 2015 und 2016 rund 500.000 Familien mit Kindern unter fünf Jahren in völlige Armut abrutschen werden. Bislang war der britische Wohlfahrtsstaat ein Universalsystem. Er deckte die

Zusammensetzung der Kosten sozialer Einrichtungen 2010 (n=103)



Zusammensetzung des Umsatzes sozialer Einrichtungen 2010 (n=103)



Das Land Thüringen hat den neuen »Sozialwirtschaftsbericht Thüringen 2013« vorgelegt. Der Branchenreport bietet einen umfassenden Überblick über die Aufgaben, Leistungen und Strukturen der Thüringer Sozialwirtschaft. Demnach erbrachten im Jahr 2010 etwa 58.000 Erwerbstätige und geschätzte 25.000 Ehrenamtliche in rund 4.800 Einrichtungen Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen. Die Sozialwirtschaftsbranche erwirtschaftet rund zwei Milliarden Euro pro Jahr in Thüringen. Das entspricht 4,7 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Thüringen. Der Bericht macht deutlich, dass soziale Einrichtungen wichtige regionale Arbeitgeber gerade in ländlichen und strukturschwachen Regionen sind, die darüber hinaus in hohem Maße in regionale Wertschöpfungsketten integriert sind. Im Jahr 2010 gingen 79 % der bezogenen Dienstleistungen, 77 % der entstandenen Sachkosten und 68 % der getätigten Investitionen an regionale Anbieter. Jeder Euro aus öffentlichen Mitteln erzeugte demnach eine regionale Nachfrage in Höhe von 77 Cent und ein regionales Einkommen in Höhe von 1,11 Euro. Der Bericht wurde im Auftrag des Thüringer Wirtschafts- und des Thüringer Sozialministeriums von der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellt und kann im Internet als Kurz- und als Langfassung heruntergeladen werden.

www.thueringen.de/th7/tmsfg/soziales/sozialwirtschaftsbericht

gesamte Bevölkerung ab (statt nur die Gruppe der versicherten Arbeitnehmer), er finanzierte seine Leistungen überwiegend durch Steuergelder (statt über Einkommensbeiträge), seine Auszahlungen erfolgten in einheitlichen, oft geringen Pauschalleistungen (statt auf Grundlage des vorherigen Verdienstes).

www.dwp.gov.uk/policy/welfare-reform/universal-credit
www.ifs.org.uk

Deutscher Alterspreis ausgeschrieben

Der mit 120.000 Euro dotierte Preis wird für die besten Ideen

im Alter und fürs Alter von der Robert Bosch Stiftung verliehen. Gesucht werden Initiativen, mit denen engagierte Menschen die Altersgrenzen auflösen und die besondere Qualität der Lebensphase Alter herausstellen. Bewerben können sich Personen und Projekte aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

www.bosch-stiftung.de

Ein neues Bild von Migration

Die sozioökonomische Struktur der Zuwanderer hat sich grundlegend geändert. Dies ist das

Ergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und des Statistisches Bundesamtes. Die Studie kommt aufgrund der Auswertung der Daten des Mikrozensus der letzten 16 Jahre zu den Ergebnissen, dass sich Zuwanderer aus Drittstaaten immer schneller in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren und im Schnitt höher gebildet und deutlich jünger sind als die deutsche Bevölkerung. So verfügen zwischenzeitlich 41 % der Neuzuwanderer aus Nicht-EU-Ländern über einen tertiären Bildungsabschluss wie einen Hochschulabschluss und mehr als jeder dritte Zuwanderer, der 2010 und 2011 aus einem Nicht-EU-Land nach Deutschland gekommen ist, hat spätestens nach zwölf Monaten eine Erwerbstätigkeit aufgenommen. Eine Zusammenfassung der Studie ist im Informationsdienst »Bevölkerungsforschung – Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung« 2/2013 erschienen, der im Internet kostenlos heruntergeladen werden kann.

www.bib-demografi.e.de

»Soziales zählt«

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat für die nächste Bundestagswahl seine »Wahlprüfsteine« veröffentlicht. Unter der Über-

schrift »Soziales zählt« zeigen sie bestehende Problemlagen auf und beschreiben Ansätze und Wege, wie viele Probleme besser gelöst werden können. Die Wahlprüfsteine gliedern sich in die Bereiche: Arbeit und Soziales Familie, Senioren, Frauen und Jugend Finanzen Gesundheit Inneres Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Zu allen sechs Abschnitten finden sich Fakten und politische Forderungen.

www.wahl.paritaet.org/subdomains/wahl/themen

Schnelltest »Faire Leiharbeit«

Das Projekt »Hotline Zeitarbeit« bietet auf seiner Website einen »Schnelltest Faire Leiharbeit« an. Arbeitnehmer und Arbeitgeber können sich dort über konkrete rechtliche Bedingungen der Leiharbeit informieren, und wie unfaire Bedingungen verhindert werden können. Das Projekt wird durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen und den Europäischen Sozialfonds gefördert.

www.zeitarbeit.nrw.de/za/index,id,8528.html

Weiterleitung von Projektmitteln

Nicht immer können alle Aufgaben in einem Projekt durch

den Zuwendungsempfänger selbst durchgeführt werden. Doch wenn Projektmittel an einen Dritten weitergegeben werden sollen, ist Vorsicht geboten. Die Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH und das Potsdamer Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie haben ein entsprechendes Merkblatt zur Weiterleitung von Fördermitteln und zur Vergabe von Aufträgen aktualisiert. Das vierseitige Merkblatt steht im Internet zur Verfügung.

www.lasa-brandenburg.de
(Suchbegriff: Weiterleitung)

»Erasmus für alle« geplant

Das Programm »Lebenslanges Lernen« der Europäischen Union soll in das Rahmenprogramm »Erasmus für alle« integriert werden. Zusammen mit sechs weiteren Förderprogrammen sollen die Mittel und Ressourcen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Jugend und Sport in der neuen Förderperiode von 2014 bis 2020 gebündelt werden. Ziel ist die Harmonisierung und Flexibilisierung der Förderpraxis und die damit einhergehende Schaffung von größeren Synergien zwischen den einzelnen Bereichen. Noch nicht feststeht, ob der Begriff »Erasmus« beibehalten wird, da dieser zu stark mit der Hochschulförderung und der Mobilität von Studierenden assoziiert wird. Als Alternative wurde »YES Europe« vorgeschlagen (»Youth, Education, Sport«). Eine 22-seitige Mitteilung der Kommission fasst die wesentlichen Bedingungen des derzeitigen Erasmus-Programms zusammen.

http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/doc/com_de.pdf

Sammlung von Integrationsvereinbarungen online

Das Informationssystem zur beruflichen Rehabilitation RE-

HADAT hat seine Sammlung mit Integrationsvereinbarungen aktualisiert. In der Datenbank finden sich nun über 140 barrierefreie Vereinbarungen, die nach Branchen sortiert sind. Integrationsvereinbarungen sind Zielvereinbarungen zwischen Arbeitgeber, Betriebsrat und Schwerbehindertenvertretung, die das innerbetriebliche Handeln im Blick auf behinderte Menschen weiterentwickeln und unterstützen. In einer Integrationsvereinbarung kann beispielsweise festgelegt werden, wie bei der Personalplanung die Eingliederung schwerbehinderter Menschen verbessert werden kann.

www.rehadat.de/Rehadat/Reha.KHS;jsessionid=BCFEDBA31F2AE691D91E AFF9E51BAE28?State=15010

»Jugendpolitik vor Ort gestalten«

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) schreibt den neuen Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis in den Kategorien Praxispreis, Theorie- und Wissenschaftspreis sowie Medienpreis der Kinder- und Jugendhilfe aus. Der Preis wird von den Obersten Jugend- und Familienbehörden der Länder gestiftet und vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe alle zwei Jahre verliehen. Für das Jahr 2014 steht der Wettbewerb unter dem Titel »Jugendpolitik vor Ort gestalten«. Mit der Ausschreibung des Praxispreises 2014 werden Organisationen, Initiativen und Träger angesprochen, die mit ihrer Arbeit aufzeigen, wie die heutigen Anforderungen praxisnah und alltagsorientiert umgesetzt werden können.

[www.agj.de/Artikel.76.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=739&cHash=822561af4d55faf6406e26498188eb52](http://www.agj.de/Artikel.76.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=739&cHash=822561af4d55faf6406e26498188eb52)



In Deutschland gibt es Schätzungen zufolge rund eine Million Menschen, die keine realistische Chance am Arbeitsmarkt haben. Sie besitzen mehrere

Einschränkungen, die sie benachteiligen, beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen, geringe Qualifikation, fehlende Kinderbetreuung und schlechte Sprachkenntnisse. Hier könnte ein sozialer Arbeitsmarkt Möglichkeiten schaffen, erläutert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in einer neuen Broschüre, die im Internet frei zugänglich heruntergeladen werden kann.

[www.bagfw.de/no_cache/spezielseiten/artikeldetail/article/sozialer-arbeitsmarkt/?tx_ttnews\[backPid\]=1&cHash=98b8a14cf4](http://www.bagfw.de/no_cache/spezielseiten/artikeldetail/article/sozialer-arbeitsmarkt/?tx_ttnews[backPid]=1&cHash=98b8a14cf4)

PERSONALIEN

Rita Schrader (50) ist neues Vorstandsmitglied der Evangelischen Stiftung Lichtenstern. Sie wurde vom Verwaltungsrat der diakonischen Einrichtung in Löwenstein zur Nachfolgerin von **Manfred Kammerer** gewählt, der im November 2012 nach kurzer schwerer Krankheit gestorben war. Die Diplom-Pädagogin war mehrere Jahre in den von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel in Bielefeld beschäftigt. Seit 1994 ist sie in Lichtenstern als Wohnabteilungsleiterin tätig. Mit der Wahl von Rita Schrader sei ein hohes Maß an Kontinuität für die Arbeit der Stiftung gegeben. Bewährte Angebote sollen zeitgemäß weiterentwickelt und im Sinne der Inklusion umgesetzt werden. Die Evangelische Stiftung Lichtenstern ist eine kirchliche Stiftung bürgerlichen Rechts und Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg. Die Stiftung unterhält Angebote für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in der Region Heilbronn, Franken und Hohenlohe.

Günter Laible ist neuer Leiter der Abteilung Immobilien der Rummelsberger Diakonie. Der 55-jährige Diakon soll die 112 Wirtschaftseinheiten der Rummelsberger mit insgesamt 343 Gebäuden begleiten und entwickeln. Die Abteilung Immobilien war zuletzt von **Stefan Albrecht** übergangsweise geleitet worden. Zuvor war Laible im Landeskirchenamt der evangelischen Kirche in München tätig. Hier war er Leiter des Personal- und Organisationsreferats und damit für die Personalangelegenheiten von 450 Mitarbeitenden verantwortlich. Er analysierte Abläufe und Prozesse der bayerischen Kirchenverwaltung und setzte verschiedene Bau- und Immobilienvorhaben des Landeskirchenamtes um. Die Rummelsberger Diakonie in Rummelsberg bei Nürnberg ist einer der großen diakonischen Träger in Deutschland. In etwa 200 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Flüchtlinge, Senioren und Menschen mit Behinderung in Bayern sind mehr als 5400 Mitarbeiter beschäftigt. Geistlicher Kern des Sozialunternehmens sind die 950 in der Rummelsberger Bruderschaft zusammengeschlossenen Diakone und die 200 Frauen zählende Gemeinschaft der Diakoninnen.



Tobias Schmidt ist neuer Hauptgeschäftsführer der BBW Leipzig Gruppe. Der 34-jährige Förderpädagoge ist bereits seit elf Jahren in dem Sozialunternehmen tätig und war zuletzt Schulleiter der Berufsbildenden Schule im Berufsbildungswerk Leipzig. Die Berufsbildungswerk Leipzig für Hör- und Sprachgeschädigte gGmbH ist ein Berufsbildungswerk zur Berufsvorbereitung und Erstausbildung hör-, sprach- und lernbehinderter Jugendlicher. Angeboten werden über 30 Ausbildungsberufe in zwölf Berufsfeldern. Das Unternehmen wurde 1991 gegründet, Gesellschafter sind die Paulinenpflege Winnenden e. V., die Stadt Leipzig und das Diakonische Werk Innere Mission Leipzig e. V.



Der ehemalige Wirtschaftsprüfer **Harry Roth-schenk** (Foto) ist neuer Referatsleiter Revision und Datenschutz im Stiftungsmanagement der Kreuznacher Diakonie. Er tritt die Nachfolge von **Joachim Höfler** an, der nach fast 44-jähriger Tätigkeit als Kaufmann in der Kreuznacher Diakonie in den Ruhestand verabschiedet wurde. Das Referat Revision und Datenschutz gehört zum Stiftungsmanagement der Kreuznacher Diakonie und ist unmittelbar dem Vorstand der Stiftung unterstellt. Die Kreuznacher Diakonie ist eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in Bad Kreuznach. Das Unternehmen ist Träger von Einrichtungen in Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen. Über 8.500 Menschen nehmen täglich Dienstleistungen der Kreuznacher Diakonie in Anspruch. In der Stiftung arbeiten rund 5.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Die neue Stellvertretende Direktorin des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart, **Annette Holuscha-Uhlenbrock** (Foto), hat am Jahresbeginn ihren Dienst angetreten. Die 44-jährige promovierte Verwaltungswissenschaftlerin bringt 15 Jahre Erfahrung in verschiedenen Fach- und Leitungspositionen in der Öffentlichen und

Freien Wohlfahrtspflege mit. Zuletzt war sie Stellvertretende Dezernentin Soziales beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg. Als Caritasdirektorin ist Holuscha-Uhlenbrock schwerpunktmäßig für den Bereich Sozialpolitik und die politische Vertretung des Verbandes auf Landesebene verantwortlich. Gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Prälat **Wolfgang Tripp** und **Rainer Brockhoff** steht sie als Mitglied des Vorstands an der Spitze des katholischen Wohlfahrtsverbandes. Mit Rücksicht auf die Betreuung ihrer zwei Kinder nimmt sie ihren neuen Dienst vorläufig mit einem Stellenumfang von 75 Prozent auf. Annette Holuscha-Uhlenbrock begann ihre berufliche Laufbahn 1995 nach dem Staatsexamen zum höheren Verwaltungsdienst zunächst als Referentin im Büro für Frauenfragen bei der Stadt Ludwigsburg. Die gesamte Bandbreite der Sozialen Arbeit und der Sozialpolitik lernte sie als Abteilungsleiterin beim Deutschen Roten Kreuz und beim Landeswohlfahrtsverband Württemberg Hohenzollern als Stellvertretende Leiterin des Landessozialamtes kennen.



Cornelia Jurrmann (Foto) ist neue Pressesprecherin des Sozialverbands VdK Deutschland. Sie ist bereits seit 2009 Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit beim Verband. Sie studierte in Berlin Geschichte und Politikwissenschaft und arbeitete danach unter anderem als Pressereferentin bei der Stiftung der Deutschen Wirtschaft. Als Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim VdK tritt sie die Nachfolge von **Michael Pausder** an, der Landesgeschäftsführer des VdK Bayern wird. Der Sozialverband VdK Deutschland ist ein gemeinnütziger Verein mit Hauptsitz in Bonn-Bad Godesberg. Gegenüber der Politik und den Sozialgerichten vertritt er die sozialen und politischen Interessen unter anderem von Menschen mit Behinderungen, von chronisch Kranken, von Senioren und Rentnern sowie von Kriegs-, Wehrdienst- und Zivildienststopfern. Etwa 70.000 ehrenamtliche und 1.500 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bundesweit für den Verband tätig.



Die Geschäftsführung bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wird ab September 2013 mit **Dr. Dagmar Pruin** und **Jutta Weduwen** (Foto) neu besetzt. Bis dahin liegt die Geschäftsführung allein bei Jutta Weduwen. Jutta Weduwen ist Soziologin und kam 2001 zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Nachdem sie bereits seit 2011

stellvertretende Geschäftsführerin war, übernahm sie im Oktober 2012 die kommissarische Geschäftsführung. Dr. Dagmar Pruin ist evangelische Theologin und Gründungsmitglied des Forschungsbereichs »Religion und Politik« an der Humboldt-Universität sowie Mitglied des Theologischen Ausschusses der Evangelisch-Reformierten Kirche. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste trägt seit 1958 im Rahmen von kurz- und langfristigen Freiwilligendiensten zu Frieden und Verständigung bei. Zu den Schwerpunkten des 1958 in der Tradition der Bekennenden Kirche gegründeten Vereins gehören die Auseinandersetzung mit der Vermittlung der NS-Geschichte im Einwanderungsland Deutschland.

Betriebswirtschaft im Sozial und Gesundheitswesen

14. Kurs der Weiterbildung Sozial-Betriebswirt/in (FWIA)

- Dauer: Ein Jahr
- 06. Nov. 2013 bis 11. Dez. 2014
- Veranstaltungsort: Frankfurt am Main
- 12 berufsbegleitende Seminare
- Seminartage:
jeweils Mittwoch und Donnerstag
- Zielgruppe: Führungskräfte
- Zertifikat
Sozial-Betriebswirt/in (FWIA)

FWIA der Johanna-Kirchner-Stiftung
Fort- und Weiterbildungsinstitut
Arbeiterwohlfahrt Frankfurt/M
Henschelstr. 11 | 60314 Frankfurt
Fon 069/29 89 01 38
Fax 069/29 89 01 50
E-Mail: info.fwia@awo-frankfurt.de
www.awo-frankfurt.de



ZITAT



»Niemand kann die Lage der Dinge einem Unternehmen durchweg förderlich sein. Wer so lange warten will, bis alles günstig liegt, traut sich entweder überhaupt nicht, etwas zu unternehmen, oder der Versuch schlägt, wenn er ihn doch wagt, meistens zu seinem Schaden aus.«

Niccolò Machiavelli,
italienischer Politiker und Philosoph (1469–1527)

TERMINE

Beschäftigung innovativ gestalten. Wertschöpfung – Wertschätzung – Wettbewerb. 8. Kongress der Sozialwirtschaft. 12. bis 14. Juni 2013 in Magdeburg. www.sozkon.de.

Aktuelle Entwicklungen der europäischen Sozialpolitik. 17. und 18. Juni 2013 in Hannover. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. www.deutscher-verein.de.

Planspiel Balanced Scorecard – Entwicklung eines individuellen Steuerungssystems für

Non-Profit-Organisationen. 11. und 12. September 2013 in Köln. Bank für Sozialwirtschaft AG. www.sozialbank.de

Die Geheimnisse der Eigenpräsentation – die geeigneten Wege, die eigene Person ins rechte Licht zu stellen. 7. und 8. Oktober 2013 in Düsseldorf. Kommunales Bildungswerk e. V. www.kbw.de

In vino veritas – Führen lernen im Weinberg. Der etwas andere Workshop für Führungskräfte.

te. 20. bis 30. Oktober 2013 in Wiesenbronn. AWO-Bundesakademie. www.akademie.awo.org

Corporate Governance – Rechte und Pflichten für Mitglieder von Aufsichtsgremien. 4. November 2013 in Essen. Solidaris Unternehmensberatungs-GmbH. www.solidaris.de

Erfolgreiche Pressearbeit. 12. November 2013 in München. Institut für Beratung und Projektentwicklung e. V. www.ibpro.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin
Telefon 030 24089-0, Fax 030 24089-134
E-Mail info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

CHEFREDAKTION
Gerhard Pfannendörfer (V.i.S.d.P.)
Eichwaldstraße 45
60385 Frankfurt am Main
Telefon 069 447401
E-Mail pfannendoerfer@nomos.de
www.sozialwirtschaft.nomos.de

ERSCHEINUNGSWEISE
zweiwöchentlich (22 Ausgaben pro Jahr)

BEZUGSPREISE 2013
Jahresabonnement 129,- €, Kombiabonnement Sozialwirtschaft (incl. Online, Privatbezieher)/Sozialwirtschaft aktuell 198,- €, Kombiabonnement Sozialwirtschaft (incl. Online, Institutionen)/Sozialwirtschaft aktuell 246,- €, Einzelheft 9,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MWST, zzgl. Vertriebskostenanteil

BESTELLMÖGLICHKEIT

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden
Kündigungsfrist: jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

BANKVERBINDUNG GENERELL

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: BLZ 660 100 75, Konto Nr. 73636-751 oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: BLZ 662 500 30, Konto Nr. – 5-002266

DRUCK UND VERLAG

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5, 76530 Baden-Baden
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 2104-27
E-Mail nomos@nomos.de

ANZEIGEN

Sales friendly Verlagsdienstleistungen
Siegburger Straße 123, 53229 Bonn
Telefon 0228 97898-0, Fax 0228 97898-20
E-Mail roos@sales-friendly.de

URHEBER- UND VERLAGSRECHTE

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion oder des Verlages wiedergeben. Unverlangt eingesandte

Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnesstehenden redaktionellen Bearbeitung und der Verwertung auch in elektronischen Medien einverstanden.

ISSN 1619-2427

E 58463

Beirat: Dr. Berthold Becher, Beratung und Publizistik, Bonn; Prof. Dr. Bernd Halfar, Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt; Prof. Helmut Kreidenweis, Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt; Prof. Dr. Udo Krolzik, Bundesakademie und Führungsakademie für Kirche und Diakonie; Abraham Lehrer, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.; Dr. Hejo Manderscheid, Caritasverband für Diözese Limburg e. V.; Herbert Maul, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa); Prof. Dr. Gabriele Moos, Fachhochschule Koblenz; Thomas Niermann, Landeswohlfahrtsverband Hessen; Tobias Nowoczyn, Deutsches Rotes Kreuz e. V.; Dr. Joachim Rock, Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.; Prof. Dr. Stefan Schick, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht; Uwe Schwarzer, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.; Wolfgang Stadler, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.; Prof. Dr. Andreas Strunk, Esslingen; Dr. Gerhard Timm, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.; Prof. Dr. Wolf Rainer Wendt, Deutsche Gesellschaft für Care und Case Management e. V.; Prof. Dr. Armin Wöhrle, Hochschule Mittweida (FH)